

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer (Erfassliste) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 60 M (ohne Postgebühren). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Befenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Beilage ober deren Raum 75 M, für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

## Mietpreis und Konsumkraft.

Vor einigen Tagen nahm Herr Staatssekretär Dr. Popitz in München Gelegenheit, Vertreter von Kommunalbehörden über seine neuesten Steuerpläne zu informieren. Herr Popitz sprach auch im Zusammenhang mit der Hauszinssteuer von einer Erhöhung der Mieten, wobei es sich herausstellte, daß der Herr Staatssekretär eine Mietpreissteigerung in Höhe von 20 % in kürzester Zeit für ganz selbstverständlich hält.

Das tun nun andere Leute auch. Aber Herr Popitz ist nicht irgendwer, sondern der allmächtige Mann im Reichsfinanzministerium. Was er in München darlegte, ist wohl die Auffassung des gegenwärtigen Finanzministers und das Bestreben des ganzen Ministeriums. Demnach will man dort die Mietpreissteigerung bis zu 20 % auf jeden Fall, wobei man sich noch, so ganz nebenbei, mit dem Gedanken trägt, das Existenzminimum kräftig zu besteuern. Nachdem man an faule Privatbetriebe Mietsubventionen zahlte, Steuerergüsse machte und Steuerbefreiungen in unverantwortlichem Ausmaß vornahm, liebäugelt man mit einer neuen Belastung der Massen, die, gering gerechnet, eine runde Milliarde ausmachen dürfte.

Wenn man gegenüber diesen Plänen die Lage unserer Wirtschaft und die soziale Lage der Massen betrachtet, ist man erstaunt und entsetzt. Es ist schon kein Leichtsinns mehr, sondern ausgesprochene Frivolität, womit die gegenwärtige Leistung des Reichsfinanzministeriums an die Neuordnung der steuerlichen Dinge geht. Hat man sich auch schon im Reichsfinanzministerium klar gemacht, was eine Mietpreissteigerung in dem beabsichtigten Umfang für unsere Wirtschaft bedeutet? Hat man sich schon mal in stiller Stunde überlegt, wie die neue Belastung auf die Lohnfonten, die Gestehungskosten, die Warenpreise und die deutsche Warenausfuhr wirken muß? Wir wollen Waren nach dem Ausland exportieren und müssen das. Ein Mehrexport von Waren in Höhe von einer Milliarde Mark bedeutet für unsern Arbeitsmarkt Mehrbeschäftigung von rund 100 000 Arbeitern. Exportieren können wir aber nur, wenn unsere Industrie in der Lage ist, angemessene Preise zu stellen, die den Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt vertagen.

Wie muß nun die beabsichtigte Mietpreissteigerung den Preisstand deutscher Industriewaren beeinflussen? Diese Frage ist äußerst wichtig und muß unserer Auffassung nach dafür entscheidend sein, ob man sich für die Mietpreissteigerung entschließt oder nicht. Um sie zu beantworten, greifen wir auf die Ausführungen eines der bekanntesten Fachmänner, des Architekten Paulsen, des Schriftleiters der bekannten Bauzeitschrift „Bauwelt“ zurück. Danach kostete ein Kubikmeter umbauten Wohnraumes bei uns im Frieden etwa 25 bis 30 Maurerstunden, in Nordamerika jedoch wie 8 Maurerstunden. Auf Grund dieser Rechnung verwendet der Durchschnittsamerikaner rund 13 % seines Einkommens auf die Wohnung. Die Aufwendung beträgt in Deutschland wohl das Doppelte, in Fällen von Neubauten sogar noch mehr. Die Tatsache der billigeren Wohnpreise in Amerika ist deshalb äußerst wichtig, weil auf Grund der technischen Entwicklung Amerika in Zukunft der Hauptkonkurrent für die deutsche Warenausfuhr nach dem Auslande sein wird. Da der Einkommensteil, der auf die Wohnung zu verwenden ist, in Amerika sehr viel geringer ist als bei uns, so ist leicht einzusehen, daß unsere gesamte Industrie eine ungeheure Vorbefastung zu tragen hat.

Diese Vorbefastung dürfte sich auf die Preise unserer Industriewaren um so mehr auswirken, da unsere Lebenshaltungskosten, insbesondere die Kosten für die bloße Ernährung, infolge der verfehlten deutschen Zollpolitik ständig ansteigen. Was Nordamerika, unsern künftigen Hauptkonkurrenten auf den Auslandsmärkten, angeht, so vermochte es seinen Ernährungsindex im Laufe des Jahres 1926 von 164 auf rund 156 herabzudrücken. Die Schweiz ermäßigte ihn von 165 auf ebenfalls unter 160, England von 168 auf etwa 160 usw. Nur Deutschland hielt es für angebracht, seinen Index von 143 auf etwa 145 bis 146 zu erhöhen. Das bedeutet höhere Gestehungskosten für unsere Industrie, Behinderung unserer Wettbewerbsfähigkeit, Brachlegung unseres Ex-

ports und Verschlimmerung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Der Staatssekretär meint aber, die Dinge könnten noch eine Belastung von rund einer Milliarde vertragen, wobei er sich sicherlich nicht um die Auswirkungen einer solchen Belastung bekümmert hat.

Andererseits wird die Belastung in einem solchen Riesenumfang den Warenabsatz im Binnenlande weit unterbinden. Das preußische statistische Landesamt stellt für den Monat Dezember 1926 eine allgemeine, von den künstlich gesteigerten Getreidepreisen ausgehende Teuerung fest. Unter Einfluß dieser Bewegung haben sich die Preisunterschiede zwischen Dezember 1925 und Dezember 1926 abermals gegenüber den Preisunterschieden November 1925 und November 1926 vergrößert. Das ist eine amtliche Feststellung. Sie besagt nichts anderes, als daß die Kaufkraft in Deutschland abermals in einen neuen Prozeß der Zusammenschumpfung getreten ist. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt können nicht ausbleiben. Will Herr Staatssekretär Dr. Popitz jene Belastung des Arbeitsmarktes, die an und für sich kommt, zu einer unerträglichen machen? Hat er sich bereits mit seinem Kollegen vom Reichswirtschaftsministerium darüber besprochen, wie dieser, angesichts der Pläne im Reichsfinanzministerium, überhaupt aus der Wirtschaftskrise herauskommen wird? Oder wie gedenkt er die Millionen für neue Erwerbslosenfürsorge zu beschaffen, die die neue Wendung infolge der Mietpreissteigerung notwendig machen wird? Hoffentlich bleibt der Staatssekretär, nachdem er in München gemeint hat, nicht stumm wie der Fisch im Wasser.

Andererseits ist es auch an der Zeit, daß das deutsche industrielle Unternehmertum endlich mal Farbe bekennet. Es war dabei als es hieß, die Preise für Getreide in die Höhe zu treiben. Das bedeutete für die Industrie eine starke Belastung, die dann auf die Arbeiterschaft abgewälzt wurde. Jetzt droht eine neue Belastung durch die Mietpreiserhöhung. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat noch vor wenigen Wochen die Forderungen nach einer höheren Miete unterstützt, die sich hinsichtlich der Industriebelastung noch schlimmer auswirken müssen als die künstlich erhöhten Getreidepreise. Bildet man sich im Reichsverband der deutschen Industrie ein, die abermalige Neubelastung wieder auf den Arbeiter abwälzen zu können? Ist das der Fall, dann können wir nur versichern, daß sich die Herren von Duisberg und Frowein irren. Das der Arbeiterschaft abermals zugemutete Opfer ist so hoch und so ungeheuerlich, daß die Dinge jetzt endlich danach drängen, ausgetragen zu werden. Wenn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dahin seine Vorbereitungen trifft, ist das nur natürlich.

Dabei ist folgendes zu überlegen: Bei der beabsichtigten Mietpreiserhöhung handelt es sich um eine grundsätzliche Angelegenheit. Man überschreitet im stärksten Ausmaß die Friedensgrenze. Sofern der Agent für Reparationszahlung sich nicht dafür interessiert, macht man den Weg für einen schrankenlosen Mietwucher frei. Dadurch schafft man, Jahre nach der großen Inflation, in dem Hausbesitz neue Inflationsgewinner. Heute schon dürfte der Durchschnittshausesitzer infolge der Entwertung der früher auf den Häusern ruhenden Marktschulden mehr an seinem Besitz verdienen als vor dem Kriege, wo die Häuser bis an den Schornstein mit Hypotheken belastet waren und der größte Teil der Mieten nach den Banken floß. Das Heer der Inflationsoffer wird sich unter keinen Umständen die neuen Inflationsgewinner gefallen lassen. Vielleicht macht das Reichsjustizministerium, das mit dieser Angelegenheit zu tun hat, dem Herrn Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums diese Zusammenhänge mal deutlich!

Was heißt aber schrankenloser Mietwucher? Der Hausbesitz will freie Mieten haben und das Reichsfinanzministerium unterstützt diese Forderung mit seinen Maßnahmen. Dabei übersteht das Ministerium völlig, welche anormalen Faktoren für die freie Mietpreisbildung heute in Deutschland in Frage kommen. Dazu führte Herr Oberregierungsrat Hoppe vor kurzem folgendes aus:

„Nehmen wir an, wir hätten die 1,8fachen Baukosten und dazu den Friedenszinsfuß 1, so würde die Miete das 1,8fache

betragen müssen. Nehmen wir an, wir hätten die Friedensbaukosten 1 und den dreifachen Zinsfuß, so kommen wir zur dreifachen Miete. Nun müssen wir das Zusammenwirken dieser beiden Faktoren berücksichtigen, nämlich gestiegene Baukosten und gestiegener Zinsfuß und das Verhältnis, wie diese beiden in der freien Wirtschaft zusammenwirken, ergeben durch einfache Multiplikation  $1,8 \times 3 = 5,4$ “

Das Resultat aus den anormalen Faktoren im heutigen Deutschland ist nach den Darlegungen Hoppes die 5,4fache Miete. Das Ergebnis würde sich heute, weil der Zinsfuß sich etwas ermäßigt und der Baukostenindex ein wenig erniedrigt hat, um ein Bruchteil niedriger stellen. Wir haben aber für heute und noch für die nächsten Jahre durch eine freie Mietpreisbildung mit einem Mehrfachen der Friedensmiete zu rechnen.

Hoffentlich beherzigt man das und läßt von Plänen ab, die töricht und untragbar sind.

## Wirtschaftskrise, Kriminalität und Jugend.

Zwischen Wirtschaftslage und Kriminalität bestehen immer gewisse Zusammenhänge; das heißt, die Kriminalität der Bevölkerung und die Zahl ihrer Vergehen gegen die Staatsgesetze werden im besonderen Maße von der Wirtschaftslage beeinflusst. In Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur zeigt sich immer eine starke Abnahme gewisser Vergehen oder Verbrechen, deren Zahl aber sofort wieder ansteigt, wenn sich die Wirtschaftslage verschlechtert. Die Menschen, die Tag für Tag ihrer gewohnten Arbeit nachgehen können, werden viel weniger mit den Gesetzen und dem Richter in Konflikt kommen, wie das bei jenen der Fall ist, die durch Wirtschaftsnöte und Arbeitslosigkeit dem Elend überlassen sind. In Krisenzeiten sind es besonders die Vergehen gegen das Eigentum, vor allen Dingen Diebstahl, Raub, Betrug und Urkundenfälschung, die eine erhöhte Ziffer gegenüber Zeiten normaler Wirtschaftslage aufweisen. Im Hauptinflationjahr 1923 zeigte sich auch die höchste Kriminalitätsziffer. Die Zahl der im Jahre 1923 wegen Vergehen gegen die Reichs- und Landesgesetze rechtskräftig verurteilten Personen betrug 954 847 gegen 581 805 im Jahre 1913. Wenn man das Jahr 1913 als wirtschaftlich normales Jahr betrachtet und annimmt, daß die Kriminalitätsziffer normal war, so zeigt sich im Jahre 1923 bei verringerter Gesamtbevölkerung in Deutschland eine Zunahme von rund 400 000 Kriminalitätsfällen gegenüber 1913. Die Steigerung ist also ganz enorm. Gerade an diesem Beispiel wird deutlich der Einfluß der Wirtschaftslage auf die Kriminalität ersichtlich. Im Jahre 1913 betrug die Erwerbslosenziffer im Monatsdurchschnitt bei den freien Gewerkschaften 2,4 %, sie steigerte sich im Monatsdurchschnitt des Jahres 1923 auf 9,9 %.

Betrachtet man die einzelnen Fälle der Kriminalität, so ergibt sich ein sehr interessantes Bild. Waren es im Jahre 1913 rund 114 707 Personen, die wegen Diebstahls verurteilt wurden, so stieg die Zahl der wegen des gleichen Deliktes verurteilten Personen auf 367 435 im Jahre 1923. Im Jahre 1913 wurden insgesamt 248 230 Personen wegen Vergehen und Verbrechen gegen das Vermögen anderer verurteilt; diese Zahl stieg im Jahre 1923 auf 593 989. Von je 100 Verurteilungen, die im Jahre 1913 erfolgten, waren 44,2 % der Fälle Vergehen oder Verbrechen gegen das Vermögen anderer, diese Zahl stieg jedoch auf 72,1 % aller Verurteilungen im Jahre 1923. Wertwürdigerweise gingen die Fälle der strafbaren Handlung gegen die Person gegenüber der Vorkriegszeit ganz erheblich zurück. Die Zahl der wegen Vergehen und Verbrechen gegen die Person Verurteilten, also Mord, Totschlag, leichte und schwere Körperverletzung, ging von 211 909 Fällen im Jahr 1913 auf 116 108 Fälle im Jahre 1923 zurück. Es erweckt den Anschein, als sei die durch den Krieg gemarkerte und gepeinigete Bevölkerung in der Nachkriegszeit friedlicher und verträglicher geworden. Sogar in Bayern, wo es in der Vorkriegszeit keine Kirchweih ohne eine regelrechte Mauterei gab, haben die Fälle von Körperverletzung aller Art ganz erheblich abgenommen. So betrug im Jahre 1913 die Zahl der wegen Körperverletzung Verurteilten in Bayern 19 028; ihre Zahl ist im Jahre 1924 auf 8021 zurückgegangen. Der Rückgang der Verbrechen dieser Art liegt in Bayern weit über dem Reichsdurchschnitt. Auch die Zahl der wegen Verbrechen und Vergehen im Zustande der Trunkenheit in Bayern rechtskräftig verurteilten Personen ist von 7637 im Jahre 1913 auf 518 im Jahre 1924 zurückgegangen. (Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern, Seite 537.)

Besonders die Jugend hat unter der durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen erhöhten Kriminalität zu leiden. Die langandauernde Erwerbslosigkeit übt immer einen ungünstigen Einfluß auf die Moral der Jugend aus. Not, Entbehrung und wirtschaftliches Elend kommen hinzu, um die leicht empfängliche und im Entwicklungsstadium sich befindende Jugend in viel größerem Maße als in normalen Zeiten mit



dem Gesetz und dem Strafrichter in Konflikt zu bringen. Verfolgt man die Statistik der Kriminalität und untersucht man die Kriminalitätsfälle der Jugend, so findet man, daß das Jahr 1923 als Jahr der stärksten Wirtschaftskrise auch zu gleicher Zeit die höchste Zahl der Kriminalitätsfälle aufweist. Die Zahl der Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren, die mit dem Strafrichter in Konflikt gekommen sind, war außerordentlich groß. Allein im Jahre 1923 waren es 86 069 Verurteilte im jugendlichen Alter, gegenüber 54 172 im Jahre 1913. Die mit dem Jahre 1924 einsetzende Wirtschaftsgesundung widerspiegelt sich treffend in dem Rückgang der Kriminalität der Jugendlichen. Die Zahl der wegen Vergehen oder Verbrechen gegen die Strafgesetze verurteilten Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren betrug im Jahre 1924 nur noch 48 276. Selbst gegenüber der Vorkriegszeit mit 54 172 jugendlichen Verurteilten im Jahre 1913 zeigt sich ein merkwürdiger Rückgang, der über 11 000 Urteilsfälle beträgt. Man kann aus dieser Kriminalitätsziffer wohl den Schluß ziehen, daß mit zunehmender Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch die Kriminalitätsziffer der Jugendlichen noch weiter zurückgehen wird. Auch die an sich humaneren Bestimmungen des Jugendgerichtsgesetzes vom 1. Juni 1923 werden sich in Zukunft noch stärker auswirken und die Kriminalitätsziffer der Jugend noch weiter herabdrücken.

Auf welche Fälle sich die einzelnen Straftaten verteilen und welche Vergehen für die Verurteilung Jugendlicher in Frage kamen, zeigt folgende Tabelle. Es erfolgten Verurteilungen wegen:

	1913	1923	1924
Gewalt, Drohungen gegen Beamte	337	424	306
Hausfriedensbruch	948	495	345
Arrestbruch	17	18	15
Verletzung der Eidespflicht	51	29	36
Unzucht	1011	597	805
Beleidigung	1366	689	499
Mord und Totschlag	31	22	22
Abtreibung	102	128	140
Beichte Körperverletzung	948	247	290
Gefährliche Körperverletzung	6594	1162	1118
Nötigung und Bedrohung	397	191	170
Diebstahl	28641	63413	27132
Unterdrückung	2735	3278	1768
Raub	136	81	83
Schleurei	1463	4306	2070
Betrug	1781	1544	1341
Urkundenfälschung	966	835	726
Vergehen wegen Glücksspiele	7	1861	208
Sachbeschädigung	2948	1527	1078
Brandstiftung	116	46	57

Wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich, sind die Fälle des Diebstahls gegenüber der Vorkriegszeit und 1923 ganz erheblich zurückgegangen. Diese Ziffer liegt bei im jugendlichen Alter Verurteilten bereits unter dem Durchschnitt des Jahres 1913. Es zeigt sich auch ein starker Rückgang der Vergehen gegen das Eigentum gegenüber der Vorkriegszeit. Eine Zunahme der Kriminalitätsziffer ist nur bei Vergehen wegen Glücksspiels festzustellen. In diesen Fällen betrug die Zahl der wegen dieser Vergehen verurteilten jugendlichen Personen im Jahre 1913 7, im Jahre 1924 208. Auch die Fälle der Vergehen gegen die Person sind gegenüber 1913 erheblich zurückgegangen, wie aus obenstehender Tabelle ersichtlich ist. Von einer zunehmenden Verherrlichung der Jugend, wie das heute vielfach in gewissen Kreisen immer hervorgehoben wird, kann, wie aus der Tabelle ersichtlich ist, nicht die Rede sein. Die moralischen und sittlichen Qualitäten der Jugend sind, wenn man die Kriminalitätsziffern zugrunde legen darf, gegenüber der Vorkriegszeit sogar gestiegen. Mit zunehmender Wirtschaftsgesundung wird auch die Kriminalitätsziffer weiter zurückgehen und die Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse, denn als solche können wohl die meisten Verurteilten angesprochen werden, noch geringer werden. Im Interesse des Volksganges wäre es nur zu begrüßen, wenn die wirtschaftliche Gesundung mit möglichster Beschleunigung eintreten würde.

## Verbandsnachrichten.

### Verble aus den Jahrestellen.

**Sab Tölz.** Am 15. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Niggel, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Kameraden. Anschließend gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der vorgelegten Abrechnung. Einwendungen wurden nicht erhoben. Hierauf erstattete der Vorsitzende einen kurzen Bericht über das letzte Geschäftsjahr. In seinen Ausführungen wurde hauptsächlich Gewicht gelegt auf den Ausbau der Organisation, die Einhaltung der achtundvierzigstündigen Arbeitszeit; ebenso wurde die Frage des Bauarbeiterschutzes eingehend besprochen. Auf unsere Bibliothek, die sehr reichlich ausgestattet ist, wurde hingewiesen und zur Benutzung empfohlen. Die Vorstandswahl ging glatt vonstatten; der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Nachdem der Vorsitzende die Kameraden aufgefordert hatte, durch kräftige Mitarbeit den Vorstand zu unterstützen, wurde zum letzten Punkt der Tagesordnung übergegangen. Hier gab der Vorsitzende genauen Aufschluß über die Erwerbslosenfürsorge. Zum Schluß wurde die Lohnsteuerückvergütung besprochen, worauf die Versammlung mit einem Appell an die Mitglieder und mit einem Hoch auf den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands geschlossen wurde.

**Barmen-Glücksfeld.** Am 16. Januar hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Der zweite Vorsitzende, Kamerad Müller gab den Jahresbericht. Er schilderte in seinen Ausführungen die wirtschaftliche und politische Lage und ging auf die wichtigsten Ereignisse auf diesen Gebieten ein. Die Unternehmer hätten ihre Offensive gegen die Bauarbeiter fortgesetzt. Der Verband habe die Angriffe der Unternehmer auf den Achtstundentag abwehren können. Weiter behandelte Kamerad Müller die Baukonjunktur, die nicht besonders gut gewesen sei. Die Bindungen durch das zentrale Schiedsgericht seien für die Zimmerer nicht tragbar. Die Zahlstelle verlange wieder bezirksliche Verhandlungen. Dem Bauarbeiter-

schutz wurde wieder größere Beachtung geschenkt. Leider gefesse von dem Ortsausschuß des ADGB, sehr wenig in dieser Frage. Eine Kontrolle der Bauten konnte infolge der fehlenden Finanzen nicht vorgenommen werden. Die Entwicklung der Lehrlingsabteilung lasse noch viel zu wünschen übrig. Die Lehrlingsgruppe der Zahlstelle habe sich mit zehn Jungkameraden an dem Jugendtreffen in Düsseldorf beteiligt. Die Sektion der Polizei habe zweimal im Jahre getagt. Das Platzdelegiertenwesen müsse noch weiter ausgebaut werden. Nur auf zwei Plätzen seien Delegierte vorhanden. Unter der Erwerbslosigkeit hatten die Kameraden der Zahlstelle während des ganzen Jahres zu leiden. Den Erwerbslosen und kranken Mitgliedern konnte eine kleine Sozialunterstützung gewährt werden. Der Vorstand habe eine reiche Tätigkeit entfaltet. Es fanden 18 Mitgliederversammlungen, 6 Lehrlingsversammlungen und eine Reihe anderer Sitzungen statt. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Jahres 135, einschließlich 10 Lehrlinge, er reduzierte sich im Laufe des Jahres durch Abwanderung der Kameraden auf 122. Dem Kassierer wurde nach Verlesen des Kassierberichts einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde, abgesehen von kleinen Veränderungen, wiedergewählt. Im Punkt Verschiedenes wurden noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen. Es wurden Bildungsvorträge über die Genossenschaftsbewegung, auf sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiete gewünscht. Nachdem noch einige Anregungen gegeben wurden, konnte die Versammlung mit einem Appell des Kameraden Müller geschlossen werden.

**Berlinchen.** Unsere Generalversammlung war von 17 Kameraden besucht. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht und schilderte die wichtigsten Ereignisse des letzten Jahres. Das Baujahr sei sehr schlecht gewesen. Zu Anfang des Jahres seien 75 % der Kameraden erwerbslos gewesen. Erst im Sommer habe sich die Bauaktivität gebessert, so daß zu Pfingsten alle Kameraden in Arbeit gestanden hätten. Von Arbeitskämpfen sei die Zahlstelle im letzten Jahre verschont geblieben. Es fanden 9 Versammlungen und einige Vorstandssitzungen statt. Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl der alten Funktionäre. Im Anschluß hieran wurden die Bestimmungen des Bezirkstarifvertrages erläutert. Es wurde festgestellt, daß einige Unternehmer am Orte die tariflichen Löhne nicht zahlen. Die Unternehmer sollen zu einer Verhandlung geladen werden, um diese Angelegenheit zu regeln. Unter Verschiedenes wurden noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen. Besonders wurden die Verhältnisse bei den Notstandsarbeiten erörtert. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Bremen. (Jahresbericht.)** Die allgemeine wirtschaftliche Depression im Baugewerbe machte sich im letzten Jahr besonders in Bremen bemerkbar. Gatten wir im Januar infolge des strengen Winters 384 arbeitslose Zimmerer, so sank diese Zahl in den folgenden Monaten nur langsam, bis die niedrigste Zahl von 107 Zimmerern im Juli letzten Jahres erreicht wurde. Dann stieg die Zahl wieder dauernd, bis im Monat Dezember die Ziffer der erwerbslosen Kameraden wieder 221 betrug. Daß die Schmarotcher des Baugewerbes diese schlechte Konjunktur für sich auszunutzen suchten, ist begreiflich. In der Zukunft muß größerer Nachdruck auf die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 9. November 1926, betreffend Arbeitsvermittlung, gelegt werden, wonach die Einstellung von neuen Arbeitskräften nur durch die Vermittlung des Arbeitsnachweises erfolgen soll. Daran wollen allerdings die Bremer Unternehmer respektive deren Geschäftsführer sich nicht halten; die Folge davon ist das Umschauverbot unserer Organisation für alle Arbeitsstellen. Die Unternehmer nutzten aber auch die schlechte Konjunktur durch Abbau der Löhne im Tiefbaugewerbe aus; was sie durch Verhandlungen nicht erreichen konnten, erzielten sie durch Schiedspruch. Wie sich die Bauaktivität auswirkte, ergibt sich aus folgenden Zahlen: Von Januar bis inklusive November wurden von der Baupolizei 1808 Bauanträge genehmigt. Abgenommen von der Baupolizei wurden in dieser Zeit 1075 Neubauten, wovon 1058 Wohnhäuser und 140 Umbauten waren, die 1933 Wohnungen mit 6433 Wohnräumen aufwiesen. Ein Vergleich mit den Vorkriegsjahren 1913 und 1914 ergibt folgendes: 1913 erfolgten 743 Bauanträge und 668 abgenommene Bauten, 1914 752 genehmigte Bauanträge und 760 abgenommene Bauten. Während 1913 0,7 % und 1911 sogar 1,8 % an leerstehenden Wohnungen gezählt wurden, waren am 30. November 1926 3829 Wohnungsgesuche mit einer Kopffzahl von 11 600 Personen vorhanden. Von diesen 3829 Familien, die eine Wohnung suchen, sind 591 Familien die vollkommen obdachlos sind und 109 Familien deren Wohnraum den Anforderungen des Gesundheitsamtes nicht entspricht. Weitere 118 Familien sind vollkommen voneinander getrennt und in anderen Familien notdürftig untergebracht. Trotz der schlechten Konjunktur hat unsere Organisation in der Zahlstelle selbst und in den Außenbezirken noch bedeutend an Mitgliedern zugenommen. Wie in der Zahlstelle, so wurde auch in den weiter abgelegenen Gebieten organisatorisch das Möglichste geleistet, um über diese Zeit hinwegzukommen. So waren es die Zahlstellen Barnstorf und Diepholz in Hannover, die wir unterstützten. Vor den uns zutreffenden Bindungen der tariflichen Lohnvereinbarungen machten wir keinen Gebrauch. In der Arbeitszeitfrage können wir behaupten, daß Versuche der Unternehmer, diese durch freiwillige Überstunden zu verlängern, mißglückt sind. Leider kann das von den Kameraden, die sich von hiesigen Firmen nach auswärts schicken lassen, nicht immer behauptet werden. Die Durchführung der Betriebsvertretung ließ auf einzelnen Stellen noch zu wünschen übrig. Den Kameraden muß gesagt werden, daß sie vor allen Dingen die bestehenden Rechte durchführen müssen. Erfolgreicherweise hat sich auch das Organisationsverhältnis der Lehrlinge weiter günstig entwickelt, so daß wir fast alle Lehrlinge organisiert haben. Die Zahlstelle hat auch keine Aufwände gescheut. So besuchte sie den Gaujugendtag in Lüneburg. An dieser Veranstaltung beteiligten sich 60 Lehrlinge. Die Zahlstelle übernahm nicht nur die Fahrkosten, sondern auch noch einen Teil der Verpflegungskosten. Einen guten Erfolg hatten wir auch mit dem Dichtbüchervortrag von Zimmermeister Kreh, wo wir mit unseren Lehrlingen ein volles Haus aufweisen konnten. Mehr als in den früheren Jahren haben wir uns im letzten Jahre

des Bauarbeiterschutzes angenommen. An einer Baustelle mußte erst durch Arbeitseinstellung der Unternehmer gezwungen werden, den Schutzbestimmungen Rechnung zu tragen. Die Tätigkeit des Vorstandes erstreckte sich auf 24 Vorstandssitzungen, 2 Zahlstellenversammlungen, zehn Mitgliederversammlungen in Bremen, 8 Mitgliederversammlungen in den Außenbezirken und 6 Platzdelegiertenversammlungen. Versammlungen auf den einzelnen Plätzen fanden 6 und Lehrlingsversammlungen 9 statt. Zwei Sitzungen benötigten sich mit dem Ortsausschuß des ADGB, und eine Sitzung mit dem Vorstand des Polierbundes und dem Baugewerksbund. Im Interesse des Bauarbeiterschutzes fand eine Gaukonferenz und 4 Sitzungen der Kommission statt. Eine Konferenz der Gewerkschaftsvorstände in Hamburg über die Arbeitszeitfrage wurde ebenfalls von uns besucht. An Differenzen auf den einzelnen Baustellen waren 96 Fälle zu regeln. Nur in 11 Fällen trat die Schlichtungskommission, in 3 Fällen das Tarifamt zusammen und in 2 Fällen mußte das Gewerbegericht angerufen werden. Die finanzielle Lage zeigt sich in folgenden Zahlen: Die Einnahmen und Ausgaben für die Zentralkasse balanzierten mit 46 248,85 M. Die Einnahmen und Ausgaben für die Lokalkasse balanzierten mit 27 112,70 M. Die Summe der Ausgaben der Lokalkasse betrug 22 505,58 M da die Einnahme der Lokalkasse 27 112,70 M betrug, ergibt sich ein Ueberschuß von 4207,14 M. Der Kassenbestand am Schluß des 4. Quartals 1926 betrug 13 692,57 M und der letzte Quartalsabschluß 1926 wies ein Vermögen von 17 799,71 M auf. Der Mitgliederbestand betrug 1206 am Schluß des 4. Quartals 1926. Der Zugang im Jahre 1926 betrug 141, der Abgang 263, so daß ein Mitgliederbestand von 1084 einschließlich 116 Lehrlinge am Jahresabschluß 1926 verbleibt. Wenn auch die Zukunft nicht allzu rosig für uns erscheint, so wird die Baukonjunktur im kommenden Sommer hoffentlich eine bessere werden als im letzten Jahr. Wir sehen, daß die zentralen Tarifverhandlungen immer noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Unternehmer des Baugewerbes warten immer noch auf gesetzliche Maßnahmen, die ihnen in der Verlängerung der Arbeitszeit zu Hilfe kommen sollen. Die Zimmerer müssen daher zu jeder Zeit gerüstet sein, um die Bestrebungen der Unternehmer abzuwehren. Wenn wir auch in diesem Jahre alle Kraft einsetzen zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage, dann werden wir auch unserm Ziele, dem Sozialismus, näherkommen.

**Elbing.** Unsere Generalversammlung fand am 5. Januar im Volkshause statt. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Es haben 11 Monatsversammlungen, 1 Extraversammlung und 6 Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres 282 einschließlich 18 Lehrlinge. Eingetreten sind 19 Kameraden, davon waren 6 Lehrlinge. Gestrichen wurden 6, übergetreten zum Polierbund sind 2, gestorben sind 4 Kameraden. Der Versammlungsbefuch ließ viel zu wünschen übrig. Die Teilnahme betrug 22 bis 60 Kameraden. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Unser Gauleiter, Kamerad Finsel, wünschte den Kameraden nachträglich ein frohes neues Jahr und erwähnte, daß wir im neuen Jahre ebenso schwere Kämpfe zu führen gezwungen sein werden wie im Vorjahre. Der Redner wies auf die Einhaltung des Achtstundentages hin; denn nur dadurch könne die Erwerbslosenzahl verringert werden. Den Kameraden wurde ans Herz gelegt, im neuen Jahre mit Lust und Liebe an den Versammlungen teilzunehmen. Da im neuen Jahre die Bautätigkeit bei uns recht groß sein wird, so ist es nicht ausgeschlossen, daß wir mit Kämpfen zu rechnen haben. Darum ist es Pflicht eines jeden Kameraden an den Versammlungen teilzunehmen. Nachdem noch einige Angelegenheiten besprochen und erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Fallerleben.** Am Sonntag, 16. Januar, fand im „Braunschweiger Hof“ eine öffentliche Zimmererversammlung statt. Zu dieser Versammlung waren außer unsern Mitgliedern auch sechs unorganisierte Kameraden erschienen. Kamerad Kühn aus Braunschweig hielt ein Referat, in dem er den Kameraden den Wert der Organisation vor Augen führte. Einheitslichkeit im Handeln sei heute nötiger denn je. Die Kameraden müßten ablassen von ihrer bisherigen Gleichgültigkeit und für die Stärkung des Verbandes sorgen. Die Unternehmer würden die Uneinigkeit unter der Arbeiterschaft auszunutzen versuchen. Vor allen Dingen müßten sich die unorganisierten Kameraden dem Verbands anschließen. Die Voraussetzung für die Verbesserung der beruflich wirtschaftlichen Lage der Zimmerer sei eine gute und geschlossene Organisation, deren sich alle Kameraden anschließen müßten. In der Aussprache ergab sich, daß die Kameraden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. Am Schluß der Versammlung meldeten sich 5 Kameraden dem Verbands als Mitglieder an. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Izeho.** (Jahresbericht.) Das Jahr 1926 war ein Jahr der Ruhe und des Friedens. Das Lohnabkommen wurde von Zeit zu Zeit verlängert und der Lohn von 1 08 M blieb stabil. Zur Erledigung der Geschäfte fanden 12 Mitgliederversammlungen und 8 Vorstandssitzungen statt. In 3 Versammlungen war unser Gauleiter, Kamerad Steffen, anwesend. Die Mitgliederversammlungen waren durchweg schlecht besucht. Meistens war nur der alte Stamm der Kameraden anwesend. Die jüngeren Kameraden sieht man selten in den Versammlungen. Es waren 3 Sitzungen nötig, um die örtliche Arbeitszeit zu regeln. Am Gaujugendtag in Lüneburg nahmen 5 Jungkameraden auf Kosten der Zahlstelle teil. Die Mitgliederzahl der Zahlstelle betrug am Anfang des Jahres 84, einschließlich 10 Lehrlinge. Am Ende des Jahres waren 81 Mitglieder, einschließlich 12 Lehrlinge, vorhanden. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich wie folgt: Die Einnahmen und Ausgaben für die Zentralkasse betragen 4149,35 M. In der Lokalkasse betragen die Einnahmen 1147,25 M, die Ausgaben 845,25 M, so daß ein Kassenbestand von 302 M verbleibt. Unter den Ausgaben befinden sich 150 M für einen Anteil bei der Bauhütte Izehoe. Die Arbeitslosigkeit war hier groß. Zu Anfang des Jahres waren bis zu 70 % der Kameraden arbeitslos. Im November setzte die Arbeitslosigkeit wieder ein, so daß heute 50 bis 60 % der Kameraden arbeitslos sind. Einige Kame-



raden haben nur 18 bis 20 Wochen im Jahre gearbeitet. An Neubauten wurden 62 aufgeführt, davon waren 30 Wohnhäuser mit 85 Wohnungen. Ferner wurden noch 7 Wohnungen durch Umbauten geschaffen. Wohnungssuchende sind noch 750 vorhanden. Mithin ist für uns noch ein reiches Arbeitsfeld vorhanden, wenn die Wohnungsnot behoben werden soll. Dem Anscheine nach wird für dieses Jahr eine regere Bautätigkeit zu erwarten sein.

**Leer.** (Jahresbericht.) Im Anfang des Jahres 1928 war die Arbeitsgelegenheit nicht besonders, sobald aber die gelinde Witterung einsetzte, wurden die Vorarbeiten auf dem neuen Industriegebiet Rösse aufgenommen. Hier sollten viele große Betonbauten errichtet werden. Da in Leer die Unternehmer ihre Betriebe noch nicht auf solche Arbeiten eingestellt haben, wurden diese Arbeiten an große Betonunternehmer in Bremen vergeben. Mit diesen Firmen haben wir das ganze Jahr im Streit gelegen, weil Ueberstunden verlangt wurden. Des öfteren mußte vom Gauleiter Ordnung geschaffen werden. Aber nicht allein die Unternehmer wollten die Ueberstunden, sondern auch die sogenannten Stammschaften, die die Firmen mitbrachten und diejenigen Zimmerer, die aus anderen Zahlstellen zureisten. Es wurde aber alles unternommen, um auch diese Großstadtkameraden zu veranlassen, den Kleinstadtmittgliedern nicht den Achtstundentag zu verschandeln. Da wir allein nicht mit den Ueberstundenjähre fertig werden konnten, mußten wir oft die Hilfe des Gauleiters beanspruchen. Die Zahlstelle hat aber trotz aller Hindernisse den Achtstundentag gehalten. Da auch im Jahre 1927 noch größere Bauten vorgezogen sind, werden wir rechtzeitig aufpassen müssen, daß wir uns das erhalten, was unsere Organisation in Leer in zwanzigjähriger Arbeit aufgebaut hat.

**Leubus.** Am 27. Januar fand in Leubus eine Bautenversammlung für die Kameraden aus den Zahlstellen Neumarkt, Wohlau und Parchwitz statt. In Leubus werden für die Regierung Beamtenwohnungen größeren Umfangs errichtet, bestehend aus 9 Neubauten. Diese befinden sich im Ausbau. Der Gauleiter hatte hier eine Bautenkontrolle vorgenommen, bei der festgestellt wurde, daß die Arbeiten von 4 Firmen ausgeführt werden, und zwar: Reil aus Neumarkt, Hme und Velle aus Maltsch, Bauhütte Wohlau und Grubert aus Parchwitz. Insgesamt arbeiteten dort zur Zeit 18 Gesellen und 10 Lehrlinge. Die Gesellen und Kollere waren sämtlich im Verbandsorganisiert. Von den Lehrlingen waren 3 organisiert und 7 unorganisiert. In der Versammlung berichtete der Gauleiter, daß sich aus den Feststellungen die Kameraden aus den Zahlstellen Neumarkt und Parchwitz ein Beispiel nehmen möchten an der Zahlstelle Wohlau. Dort seien alle Lehrlinge organisiert; sie sollten auch hier das Versäumte nachholen. Es wurde in der Versammlung darauf hingewiesen, daß die Unternehmer immer noch mit dem Einwande haufieren gehen, daß die Friedenslöhne maßgebend sein müßten. Weiter verlangen die Unternehmer eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit. Um so mehr haben wir alle Veranlassung, den Zusammenschluß in unserm Verbands zu fördern. Da wir noch nicht wissen, was mit unserm Lohn nach dem 1. März werden soll, sei Wachsamkeit geboten. Ohne gewerkschaftliche Organisation würden wir heute keine Steuererleichterungen und keine Erwerbslosenfürsorge haben. Auch das Arbeitsschutzgesetz, das längst nicht so beschaffen ist wie wir es brauchen, würde uns nicht gewährt, sondern weiter verweigert worden sein. Wir haben alle Ursache, unsere Organisation zusammenzuhalten. Die Versammelten waren sich einig, im Sinne der Referenten zu wirken und sprachen den Wunsch aus, daß bei größeren Bauausführungen solcher Art immer wieder durch Zusammenziehung aller Kameraden Bautenversammlungen abgehalten werden möchten.

**Norberney.** (Jahresbericht.) Hinter uns liegt ein Jahr des inneren Aufbaues unseres Verbandes und auch der hiesigen Zahlstelle. Das Jahr 1928 setzte mit einer großen Arbeitslosigkeit ein. Im ersten Quartal waren 47% der Kameraden arbeitslos. Die Erwerbslosenzahl fiel im zweiten Quartal auf 37% und hatte am Ende des dritten Quartals den höchsten Stand mit 76% erreicht. Hieraus ist zu ersehen, daß in der Vadesaison die größte Arbeitslosigkeit herrschte. Wenn auch die Bautätigkeit in der Vadesaison ruht, so müßte doch in Zukunft ein noch größerer Teil unserer Kameraden in Saisonbetrieben untergebracht werden. Hier eingzugreifen, wäre eine dankbare Aufgabe des hiesigen Ortsausschusses des ADGB. In den Wintermonaten wurde für die Jungkameraden ein Modellierkursus abgehalten. Dieser Veranstaltung wurde großes Interesse entgegengebracht. Im Juni war unser Gauleiter, Kamerad Steffen, anwesend und hielt ein Referat über den letzten Verbandstag. Die letzte Weihnachtsfeier wurde mit Kinderbescherung in der Turnhalle am 22. Dezember abgehalten, in der auch den Erwerbslosen ein kleines Geldgeschenk überreicht wurde. Mit dem Geldnis, unsere Kraft für den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation einzusetzen und diesen auszubreiten und zu vertiefen, wollen wir in das neue Jahr eintreten und dafür sorgen, daß es mit unserm Verband weiter vorwärts geht!

**Ortelsburg.** Unsere Generalversammlung fand am 15. Januar statt. Es mußte eine reichhaltige Tagesordnung erledigt werden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kameraden in der üblichen Weise gelehrt. Zunächst gab der Vorsitzende einen Bericht über die wichtigsten Ereignisse des letzten Jahres. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 4. Quartal. Die Revisoren betonten die Wichtigkeit der Abrechnung und stellten den Antrag auf Entlastung des Vorstandes, die auch genehmigt wurde. Der seitherige Vorstand wurde wiedergewählt. Es wurden verschiedentlich die Schwierigkeiten geschildert, die bei der Kassierung entstehen. Um diesem Uebelstand abzuhelfen wurde beschlossen, das Gebiet in vier Bezirke einzuteilen und für jeden Bezirk einen Kameraden zu bestimmen, der die Beiträge kassieren soll. Nach Erledigung der Wahlen hielt der Gauleiter, Kamerad Finsel, einen Vortrag. Er schilderte in seinen Ausführungen die Entwicklung und die Aufgaben der Gewerkschaften. Die Kameraden müßten vor allen Dingen die Arbeitszeit einhalten, damit die Zahl der Erwerbslosen nicht noch größer

würde. Auch gab Kamerad Finsel Aufklärung über das Lohnabkommen. Die Ausführungen des Kameraden Finsel wurden mit Beifall aufgenommen. Beschllossen wurde noch, daß die erwerbslosen Kameraden einen Beitrag zur Lokaltasse von 10  $\text{M}$  wöchentlich zu zahlen haben. Nach einem Schlußwort des Kameraden Finsel wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Perleberg.** Am Sonntag, 23. Januar, fand im Verbandslokal „Stadt Magdeburg“ unsere Generalversammlung statt. Die Versammlung, die ziemlich gut besucht war, wurde vom ersten Vorsitzenden, Kamerad Klein, eröffnet. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht, streifte hierbei die Arbeitslosigkeit und bat die Kameraden, erneut auf der Hut zu sein, damit man gestärkt und vereint den kommenden Schwierigkeiten die Stirn bieten könne. Dem Kassierer, Kamerad Krube, wurde Entlastung erteilt. Der Punkt „Vorstandswahl“ fand schnell seine Erledigung. In Punkt „Verschiedenes“ entspann sich eine lebhaft Diskussion. Viele Anfragen mußten vom Vorstand beantwortet werden. Es wurde besonders hervorgehoben, daß die Kameraden die Gewerkschaftsbibliothek mehr als in der Vergangenheit benutzen sollten. Es seien sehr gute und lehrreiche Bücher dort vorhanden. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kameraden, treu zur Fahne zu halten, und schloß hierauf die Versammlung.

**Reudsburg.** (Jahresbericht.) Am 15. Januar fand in Reudsburg Gasthof unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Versammlung war von 49 Kameraden besucht. Nach Bekanntgabe des Kartellberichtes gab der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal sowie die Mitgliederbewegung bekannt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Alsdann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Er geißelte das Verhalten einiger Kameraden wegen des schlechten Versammlungsbesuches. Nach diesem Punkt wurden die Vorstandswahlen vorgenommen. Der erste Vorsitzende, Kamerad Sied, wurde einstimmig wiedergewählt. Auch alle übrigen Posten wurden bis auf kleine Veränderungen wieder von den alten Funktionären besetzt. Unter „Verschiedenes“ gab Kamerad Sied einen Antrag des Vorstandes bekannt, der dahin ging, daß alle diejenigen Kameraden, die im Zahlstellengebiet wohnen und arbeiten und keine 6 Versammlungen im Jahre besucht haben, von der lokalen Unterstützung ausgeschlossen sind. Ausgenommen hiervon sind diejenigen Kameraden, die außerhalb des Zahlstellengebietes wohnen und arbeiten. Kamerad Sied gab der Versammlung bekannt, daß der Vorstand gezwungen sei, zu solchen Maßnahmen zu greifen, um endlich den Versammlungsbesuch etwas besser zu gestalten. Dieser Antrag wurde ohne lange Debatte von der Versammlung angenommen. Ferner wurde noch vom Vorstand die Erhöhung des Lokalfonds vorgeschlagen. Viele Kameraden sprachen sich für die Erhöhung aus. Es wurde beschlossen, vom 1. April an den Lokaltbeitrag um 10  $\text{M}$  zu erhöhen. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Stallberg.** Unsere Generalversammlung fand am 22. Januar statt. Kamerad Stammler erstattete den Jahresbericht. Im vergangenen Jahre war fast die Hälfte der Kameraden arbeitslos. Erst im Spätsommer begann die Bautätigkeit sich etwas zu bessern; dies benutzten einige Kameraden, um durch Ueberstunden den arbeitslosen Kameraden in den Rücken zu fallen. Diese Kameraden besuchten auch unsere Versammlungen nicht. Den Kassenbericht erstattete Kamerad Wildner. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 111 einschließlich 17 Lehrlinge. Der von der Gauleitung geplante Gaujugendtag soll unterstützt werden; es wird von den Jungkameraden in Leipzig rege Beteiligung erwartet. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Als Kartelldelegierter wurde Kamerad Schmalfuß gewählt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende alle Kameraden auf, den Vorstand zu unterstützen, für regen Versammlungsbesuch zu agitieren und die noch fernstehenden Kameraden dem Verbandsbezug zuzuführen.

**Wesermünde.** Am 22. Januar 1927 tagte unsere Generalversammlung. Geschäftsführer Kamerad Dänemarf gab einen kurzen Rückblick über das verfllossene Jahr und führte unter anderem folgendes aus: Das Jahr 1928 brachte uns keine wesentlichen Veränderungen in unserer Lebenslage. War doch der Arbeitsmarkt im ganzen Jahr als schlecht zu bezeichnen. Hatten wir doch in der besten Zeit immer noch 60 arbeitslose. Durch den Beschluß der Zahlstelle, die Arbeitsvermittlung hat der Reihe nach durch den Arbeitsnachweis zu geschehen, war es uns möglich, jeden Kamerad im Laufe des Jahres an die Arbeit zu bringen. Die Durchführung des Beschlusses kostete hier und da ein kleines Opfer, so bei der Firma Köhnte, wo unsere Kameraden 6 Tage die Arbeit niederlegten und eine beschlußgemäße Arbeitsvermittlung verlangten. In mehreren Fällen wurden Schlichtungskommission und Arbeitsgericht angerufen. In den meisten Fällen handelte es sich um Entlastung von Delegierten und Betriebsräten. Viel Staub wirbelte die Sommerarbeitszeit auf. Mit dem Baugewerksbund konnte keine Einigung wegen der von uns beschlossenen halbstündigen Mittagspause erzielt werden. Die Lehrlingsagitation müsse von unsern Kameraden noch eifriger betrieben werden. Ein für die Jungkameraden stattfindender Modellierkursus wird von 11 Kameraden besucht. Auf dem Gebiete der Lohnpolitik konnte nichts Besonderes geleistet werden, weil die Zahlstelle unter der schlechten Konjunktur zu leiden hatte. In Sitzungen und Versammlungen fanden statt: 17 Vorstandssitzungen, 3 Delegiertenitzungen, 4 Mitglieder-, 3 außerordentliche und 4 Generalversammlungen, 2 Zahlstellenkonferenzen, 4 Lehrlingsversammlungen und 1 gemeinschaftliche Vorstandssitzung mit dem Baugewerksbund. An Festlichkeiten wurde eine Jubiläumsfeier veranstaltet. Aus dem Kassenbericht geht hervor, daß auch die Finanzen der Zahlstelle in bester Ordnung sind. Einstimmig wurde dem Geschäftsführer, Kamerad Dänemarf, Entlastung erteilt. Aus dem Vorstand scheidet Kamerad W. Schulz aus, der im Februar nach Amerika auswanderte. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt.

**Wilhelmsbaven.** Eine reichhaltige Tagesordnung hatte unsere Generalversammlung, die am 19. Januar stattfand, zu erledigen. Zunächst wurde die Herbergsage besprochen. Auf Antrag des Kartells wurde beschlossen, für die Errichtung der Herberge 200  $\text{M}$  aus der Lokaltasse zu zahlen.

Den Kameraden wurde empfohlen, die Bestrebungen der Arbeiter-Samariter zu unterstützen. Die Angelegenheiten der Erwerbslosen werden in Zukunft wieder durch das Kartell geregelt. Die Frage der Beschäftigung auswärtiger Arbeitskräfte löste eine umfangreiche Debatte aus. Besonders wurde bemängelt, daß der Unternehmer Lüthes Zimmererarbeiten von Tischlern ausführen lasse, weil diese billiger arbeiten. Gegen die Ausführung von Einschalararbeiten durch Bauhilfsarbeiter wurde protestiert. Es müsse gefordert werden, daß diese Arbeiten von Zimmerern ausgeführt würden. Den Kassenbericht gab Kamerad Affen. Einige Restanten wurden an ihre Verpflichtungen erinnert. Dem Kassierer wurde, weil die Bücher in bester Ordnung waren, für seine Tätigkeit Entlastung erteilt. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende. Der Lohn sei während des ganzen Jahres stabil geblieben und betrage 1,08  $\text{M}$  die Stunde. Zu dem Verbandstag habe die Zahlstelle einen Delegierten geschickt. Zur Erledigung der Organisationsaufgaben waren 12 Vorstandssitzungen, 12 Mitgliederversammlungen und eine Reihe sonstiger Sitzungen und Konferenzen nötig. Der Gaujugendtag sei ebenfalls von der Zahlstelle besichtigt worden. Den Bauarbeiterschutz habe die Zahlstelle nach besten Kräften gefördert. Im letzten Jahre konnte die Zahlstelle ihr 40jähriges Jubiläum feiern. Der Versammlungsbesuch war im zweiten Halbjahr besser und betrug 55% der Mitglieder. Es sei eine umfangreiche Korrespondenz nötig gewesen, um alle die Angelegenheiten der Zahlstelle zu erledigen. Das neue Jahr werde uns bestimmt größere Kämpfe bringen. Die Kameraden müßten gerüstet sein. Hierauf gab der Kassierer den Jahresbericht. Die Einnahmen und Ausgaben für die Zentralkasse balancierten mit 7550,60  $\text{M}$ . An 36 Kameraden wurde eine Weihnachtsbeihilfe von je 5  $\text{M}$  zur Auszahlung gebracht. Einem schon seit längerer Zeit frankten Kameraden seien 30  $\text{M}$  bewilligt worden. Die lokale Invalidentasse weise eine Einnahme von 697  $\text{M}$  und eine Ausgabe von 427  $\text{M}$  auf. Der Mitgliederbestand betrage 156 Kameraden. Von diesen arbeiten 92 bei privaten Unternehmern, während der Rest auf den Werften beschäftigt sei. Die Erwerbslosigkeit betrug im Sommer 20%, sie steigerte sich im Herbst auf 50% und beträgt heute 80% aller bei privaten Unternehmern beschäftigten Kameraden. Dem Gesamtvorstand wurde für seine Geschäftsführung einstimmig Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl brachte einige Änderungen. Der seitherige Vorsitzende verzichtete auf die Wiederwahl; an seine Stelle wurde Kamerad Dietje, und als zweiter Vorsitzender Kamerad Brinkmann gewählt. Alle übrigen Funktionäre wurden einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß wurde noch auf die Zentralkassen- und Sterbekasse der Zimmerer hingewiesen und den Kameraden der Beitritt empfohlen.

**Wittingen.** Am Sonnabend, 22. Januar, fand bei Sauer eine Zimmererversammlung statt. Kamerad Kühn hielt einen Vortrag, in dem er die Kameraden ermahnte, für den Ausbau der Zahlstelle zu sorgen. Er führte aus, daß die Zahlstelle nun schon 20 Jahre bestehe und durch die Gleichgültigkeit der Kameraden stark gelitten habe. Es müsse Aufgabe der Kameraden sein, alles daranzusetzen, um auch den letzten Zimmerer dem Verbandsbezug zuzuführen. Es wurde in dieser Versammlung beschlossen, in Kürze nochmals eine Versammlung stattfinden zu lassen und dazu auch die Unorganisierten einzuladen. Diese Versammlung fand schon am andern Tage statt. Diesmal waren auch Unorganisierte erschienen. Kamerad Kühn machte einige Ausführungen über die Lage und schilderte den Kameraden den Wert der Organisation. Von den Unorganisierten ließen sich am Schluß der Versammlung 9 Kameraden in den Verband aufnehmen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Wohlau.** Am 9. Januar fand hier unsere Generalversammlung statt. Da der Vorsitzende, Kamerad Maltsche, erkrankt war, eröffnete der stellvertretende Vorsitzende die Versammlung und begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Kameraden. Der Kassierer gab die Abrechnung vom letzten Quartal sowie den gesamten Kassenbericht vom vergangenen Jahre bekannt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Der alte Vorstand wurde bis auf den 2. Kassierer und 2. Schriftführer wiedergewählt. Danach gab der stellvertretende Vorsitzende von einem Schreiben der Gauleitung, betreffs Lehrlingszuchterei, Kenntnis. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden örtliche Angelegenheiten besprochen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. Anwesend waren 38 Kameraden.

### Saugewerbliches.

**Die Bauarbeiterlöhne können nicht herabgesetzt werden.** Der Deutsche Industrie- und Handelsstag hatte eine Mundfrage an die Industrie- und Handelskammern über Wohnungsbeschäftigung und Förderung des Wohnungsbaues gerichtet. Die Antwort der Kölner Kammer enthielt unter anderem folgende Bemerkung: „Was die Frage der Herabdrückung der Gestehungskosten und der laufenden Ausgaben für Wohnungsneubauten anbetrifft, so gehen wir hier im großen und ganzen mit den Forderungen, die der Deutsche Industrie- und Handelsstag vor schlägt, einig. Wir bezweifeln jedoch, daß die Bauarbeiterlöhne herabgesetzt werden können im Hinblick darauf, daß schon jetzt ein Mangel an gelehrten Bauarbeitern herrscht, und daß, falls eine Konjunktur im Baugewerbe eintritt, diese sogar dazu benutzt werden wird, Lohnherabsetzungen anzustreben. Auf der andern Seite dürfte sich jedoch gerade auf diesem Gebiete der Normung und Typisierung noch ein weites Feld zur Verbilligung der Baukosten eröffnen. Es muß jedoch davor gewarnt werden, daß die Typisierung dazu führt, Bauten zu errichten, die den praktischen Erfordernissen nachher wegen ihrer Ausmaße nicht entsprechen.“

Im großen und ganzen unsere Meinung. Doch nicht nur der angebliche Mangel an Bauarbeitern warnt vor einer Lohnherabsetzung. Uns scheint, daß für die gesamte deutsche Arbeiterschaft der Spieß mit den Lohnherabsetzungen überhaupt ein Ende haben muß. Im Gegenteil ist recht bald an einen Aufbau zu denken. Oder wollen die Herren Unternehmer behaupten, der Kulturanstieg sei bei der heutigen Einkommensgrenze der Massen auf seinem höchsten Gipfel angelangt? Mit nichten, Ihr Herren! Er soll erst beginnen.



### Gewerkschaftliche Rundschau.

Die große Konferenz der englischen Gewerkschaften. Die zur Besprechung der Frage des Generalstreiks und der Bergarbeiterausperrung am 20 und 21. Januar in London abgehaltene Sitzung der Exekutiven der britischen Gewerkschaften darf ohne Zweifel in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung als eine der interessantesten Konferenzen betrachtet werden. An den Besprechungen nahmen nicht nur die Mitglieder des Generalrates sondern vor allem auch jene Führer teil, die während des großen Konfliktes mitten unter den Streikenden und Ausgesperrten wirksam waren und sich demnach täglich mit den sogenannten „kleinen“ Schwierigkeiten zu befassen hatten, die beim Verlauf so gewaltiger Aktionen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Die Ruhe, mit welcher die Verhandlungen geführt wurden, darf sicherlich als Beweis der Stärke der britischen Gewerkschaftsbewegung und der Zielbewußtheit der britischen Gewerkschaftsführer bewertet werden. Die schweren moralischen und finanziellen Schläge, die die englischen Kameraden in den letzten Monaten auszuhalten hatten, hätten in einer schwächeren Bewegung ohne Zweifel einen Strom von Bitternis und Verweisen ausgelöst. In diesem Falle war davon keine Sprache. Die Debatten, die hauptsächlich Klarheit über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der von den verschiedenen Instanzen getroffenen Maßnahmen bringen sollten, deckten allerdings große Meinungsverschiedenheiten zwischen der Exekutive der Bergleute und dem Generalrat auf. Alle Kritik blieb jedoch in den Grenzen der Sachlichkeit.

In den Debatten über die allgemeine Forderung zeigte es sich mit besonderer Deutlichkeit, daß der Generalrat allzeit als routinierter Unterhändler auftrat, der ohne Preisgabe von Prinzipien und ohne unnötige Gefährdung der materiellen Resultate jeden Augenblick zur Herbeiführung einer günstigen Lösung auszunutzen wußte. Während sich der Bergarbeiterverband auf den im Jahre 1925 eingenommenen Standpunkt versteifte und davon nicht um einen Zoll abwich. Demgegenüber steht die Erfahrungstatsache, daß, wenn einmal Unterhandlungen eingeleitet worden sind, mit der Möglichkeit und Notwendigkeit eines gewissen Spielraumes gerechnet werden muß. Die auf der Konferenz gehaltenen Reden haben dargelegt, daß sich die Exekutive der Bergleute dieser Wahrheit nicht bewußt war. Andererseits zeigte es sich aber gerade bei den Reden der zwei Delegierten, die die Politik des Bergarbeiterverbandes verteidigten, daß der Generalrat mit einer politischen Bewegung nichts zu tun hatte und das politische Moment nur im strikten Zusammenhang mit der Frage der Regelung der Löhne und der Arbeitszeit von Bedeutung sein kann. Denn jeder vorurteilslose Beobachter muß schließlich einsehen, daß eine definitive Verbesserung der materiellen Lage der Bergleute in England ohne Mithilfe der Regierung respektive eine bessere Organisation des Bergbaues eine Unmöglichkeit ist. Diese Seite der Frage stehen allerdings die Bergarbeitervertreter außerhalb des Rahmens ihrer Betrachtungen, während der Generalrat in diesem Punkte ein belangreiches Element des Kampfes sah. Endlich zeigte sich aus der Diskussion, daß in der Exekutive der Bergarbeiter in bezug auf die Unterhandlungen eine gewisse Beschränktheit bestand, über die sich die Mitglieder des Generalrates an Hand der unterbreiteten Korrespondenz ernsthaft beklagten.

Was speziell den Generalstreik betrifft, kam deutlich zum Ausdruck, daß bei der Einleitung und Durchführung einer solchen Aktion große Vorsicht und ein weitestgehend zentralisierter Apparat zu den wichtigsten Vorbedingungen gehören. In diesem Zusammenhang beschwerten sich die Bergleute darüber, daß der Generalrat in der Zeit der 9 Monate, während welcher die englische Regierung den Bergbau finanziell unterstützte, den Generalstreik nicht vorbereitete. Die Antwort des Generalrates lautete, daß zur Vorbereitung eines solchen Streikes kein Grund vorlag, weil man anfänglich nicht an die Möglichkeit einer solchen Bewegung glaubte und solche Vorbereitungen weitere Unterhandlungen zuzusagen unmöglich gemacht hätten. Im übrigen zeigte die Diskussion sehr deutlich, daß die englische Gewerkschaftsbewegung für die Durchführung einer so großen Aktion zu wenig zentralisiert ist. Der Führer des eigentlichen Streikkomitees mußte feststellen, daß zwischen seinem und dem für die Unterhandlungen eingesetzten Komitee wenig Kontakt bestand. Weiter erwähnte er, daß, solange zum Beispiel in der Metallindustrie 41 unabhängige Organisationen vorhanden sind, die Durchführung eines Generalstreikes aller Berufe — bei denen auf organisatorischem Gebiet meistens die gleiche Zersplitterung festzustellen werden kann — äußerst schwierig ist. Auf diese Tatsache wurde im Zusammenhang mit der schlechten Durchführung des Streikes in verschiedenen Teilen des Landes, der Verwirrung in der Erteilung der verschiedenen Anweisungen und der Regelung der Lebensmittelversorgung besonderes Gewicht gelegt. Im Hinblick auf das Mißlingen des Generalstreikes muß demnach nicht so sehr die Führerschaft, sondern vor allem die Unvollständigkeit der Maschinen und in einzelnen Fällen auch ein gewisser Mangel an unbedingter Disziplin verantwortlich gemacht werden. Dazu kommt, daß eben von den insgesamt 12 Millionen britischen Arbeitern nur 4 Millionen im britischen Gewerkschaftsbund organisiert sind.

Alles in allem war die Konferenz entgegen den Ansagen der bürgerlichen und auch eines Teiles der Arbeiterpresse keine „Leichenfeier“, sondern im Gegenteil der Ausdruck eines lebendigen Verantwortungsgefühls und des Willens, die gemachten Erfahrungen in Zukunft fruchtbar zu machen. Zum Schluß wurde der Bericht des Generalrates mit 2 800 000 gegen 1 095 000 Stimmen gutgeheißen. Als Vertreter des JGB. wohnten die Sekretäre J. Dudgeest und J. W. Brown den Verhandlungen bei. (JGB.)

### Sozialpolitisches.

Wer war in englischer Gefangenschaft? Die englische Regierung hat der deutschen Regierung die erste Rate von 200 000 Pfund überweisen zur Bezahlung der Guthaben an die ehemaligen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Dies ist ungefähr der vierte Teil der ganzen Summe, die die englische Regierung zur Verfügung zu stellen beabsichtigt. Diese Guthaben sind eine Art Regelung der Entlohnung der Kriegsgefangenen, die auch von Deutschland getroffen wurde. Alle

Personen, welche sich in englischer Gefangenschaft auf britischem und französischem Boden befunden haben, beziehungsweise deren Erben, auch wenn sie bereits ihr Guthaben ganz oder teilweise in Papiermark erhalten haben, werden aufgefordert, der „Rechtsverwaltung für Reichsaufgaben“ Berlin W. 9, Königgräberstraße 122, folgende Angaben zu machen: „Vertreffend Englisches Guthaben. Vor- und Zuname, genaue Adresse, Geburtstag, letzter deutscher Truppenteil zur Zeit der Gefangennahme, Nummer der englischen Gefangenens-Kompagnie, beziehungsweise Depot- oder Lagerbezeichnung.“ Erben verstorbener Seemänner haben außerdem eine amtliche Bescheinigung über ihre Erbberechtigung beizubringen. Jeder weitere Zusatz ist zwecklos. Die Auszahlung der Guthaben erfolgt nach der Reihenfolge der Eingänge der Anträge durch die Post.

Bisher haben sich erst rund 20 000 ehemalige englische Kriegsgefangene gemeldet. Kameraden, die in Gefangenschaft waren, sollten im eigenen Interesse die nötigen Schritte sofort tun.

### Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Selbstverschuldete Unfälle auf dem Heimwege gelten als Betriebsunfälle. Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes (Entscheidung des Großen Senates; E. 3034 in „Amtliche Nachrichten“ 1920, Seite 151) ist auch ein Unfall, dessen Zustandekommen bei der Betriebsarbeit durch ein gegen strafrechtliche Vorschriften, gegen Gebot oder Verbot des Unternehmers oder gegen vernünftige Ueberlegung und Brauch verstoßendes Verhalten des Versicherten beeinflusst wurde, als Betriebsunfall im Sinne des Gesetzes anzusehen. Diese Rechtsauffassung ist kürzlich durch eine grundsätzliche Entscheidung des Reichsversicherungsamtes (Ia 1311/26) auch für Unfälle auf dem Arbeits- oder Heimweg sinngemäß anwendbar erklärt worden. Es handelte sich um folgendes: Ein Bahnarbeiter war auf einer Bahnstrecke mit Bahnunterhaltungsarbeiten beschäftigt. Nach Beendigung der Arbeiten trat er zusammen mit noch drei andern Arbeitern auf dem Bahnkörper den Heimweg an. Unterwegs sagte er zu den Arbeitskollegen: „Ihr geht mir zu langsam; ich habe noch etwas zu arbeiten“, und versuchte, auf einen in der Richtung nach seinem Wohnort, mit einer Stunden-Geschwindigkeit von 30 km vorbeifahrenden Güterzug aufzuspringen. Dabei geriet er unter den Zug und war auf der Stelle tot. Versicherungsträger und Oberversicherungsamt stellten einen Betriebsunfall nicht für vorliegend. Das Reichsversicherungsamt aber verurteilte den Versicherungsträger zur Leistung der Hinterbliebenenrenten. In der Begründung wird ausgeführt: „... Die Vorinstanzen haben... angenommen, daß der Zusammenhang dieses Weges mit der Beschäftigung im Betrieb durch das verbotswidrige und vernunftwidrige, eigenwirtschaftliche, also betriebsfremde Zwecke verfolgende Verhalten des A. unterbrochen worden sei. Dieser Auffassung hat sich der Senat nicht anschließen können. Für Unfälle, die sich bei der Beschäftigung in Betrieben ereignen, hat der Große Senat unter der Herrschaft des bisherigen Rechtes... den Grundsatz aufgestellt, daß es der Zurechnung einer unfallbringenden Tätigkeit zum Betriebe nicht entgegensteht, wenn der Versicherte gegen strafrechtliche Vorschriften, Gebot oder Verbot des Unternehmers oder gegen vernünftige Ueberlegung und Brauch verstoßen hat, daß nur dann eine solche unfallbringende Tätigkeit dem Betriebe nicht zuzurechnen ist, wenn dabei besondere betriebsfremde Zwecke auf Absichten und Verhalten des Versicherten derart eingewirkt haben, daß die Beziehung jener Tätigkeit zum Betriebe bei der Bewertung der Unfallursachen als unweiblich ausgeschieden werden muß. Bei sinngemäßer Anwendung dieses Grundgesetzes, an dem der erkennende Senat festgehalten hat, auf Unfälle, die sich auf den durch § 545a der Reichsversicherungsordnung der Versicherung neu unterstellten Wegen ereignen, muß man zu einem andern Ergebnis gelangen, als die Vorinstanzen. Die Wege eines Arbeiters zwischen seiner Wohnung und der Arbeitsstätte haben lediglich den Zweck, die Entfernung zwischen diesen beiden Punkten zurückzulegen. Wird ein Unfall auf einem solchen Wege durch verbots- oder vernunftwidriges Verhalten des Versicherten veranlaßt, so steht ihm der Schutz des § 545a der Reichsversicherungsordnung nur dann nicht zur Seite, wenn auf seine Absicht und sein Verhalten andere, von dem vorstehend genannten abweichende Zwecke derart eingewirkt haben, daß die Beziehungen der unfallbringenden Tätigkeit zur Zurücklegung des Weges bei der Bewertung der Unfallursachen nicht mehr als erheblich angegriffen werden können. Da nun im vorliegenden Fall A. untreitig lediglich deshalb auf den fahrenden Zug aufgesprungen ist um den Weg von der Arbeitsstätte nach der Wohnung schneller zurückzulegen, kann von dem Ueberwiegen fremder Zwecke bei dem unfallbringenden Verhalten des A. nicht gesprochen werden. Der tödliche Unfall des A. muß deshalb als Unfall auf dem mit der Beschäftigung in dem versicherten Betrieb der Eisenbahn zusammenhängenden Wege von der Arbeitsstätte anerkannt werden...“

Mitwirkung der Versicherten bei Feststellung von Unfallentschädigungen. Schon mit der Verordnung über „Berechnung in der Sozialversicherung“ vom 30. Oktober 1923 ist den Versicherungsträgern in der Unfallversicherung vorgegeschrieben worden, Einrichtungen zu treffen, die sicherstellen, daß an der förmlichen Feststellung der Leistungen mindestens ein Vertreter der Versicherten beteiligt wird. Diese jetzt in § 1569b der Reichsversicherungsordnung umschriebene Vorschrift scheint den Berufsvereinigungen noch durchaus nicht in Fleisch und Blut übergegangen zu sein. Das Reichsversicherungsamt hat sich gemüßigt gesehen, einen Munderlaß an die Vorstände der dem Reichsversicherungsamt unterstellten Berufsvereinigungen zu richten, in dem es unter Hinweis auf § 1569b der Reichsversicherungsordnung heißt: „Obwohl diese Vorschrift bereits durch die Verordnung vom 30. Oktober 1923... eingeführt worden ist, hat das Reichsversicherungsamt... bis in die letzte Zeit in einer großen Zahl von Fällen ihre

Nichtbeachtung oder unzulängliche und falsche Anwendung feststellen müssen... Wiederholt sind wegen dieses meistentens Verfahrensmangels das Urteil des Oberversicherungsamtes und der Bescheid des Versicherungsträgers aufgehoben worden. Das kann zur Folge haben, daß der Versicherte auf die Erfüllung berechtigter Ansprüche länger, als das gesetzliche Verfahren nötig macht, warten muß, und daß den Versicherungsträgern Leistungen zur Last fallen; die sie bei Beobachtung der Vorschrift des § 1569b nicht hätten zu tragen brauchen. Um Unzulänglichkeiten der geübten Art und zeitraubende Anfragen der Spruchbehörden über das Zustandekommen der förmlichen Feststellung zu vermeiden, wird im Anschluß und in Ergänzung des § 12 des Rundschreibens des Reichsversicherungsamtes an die Berufsvereinigungen, vom 15. November 1904... folgendes bestimmt: 1. Die Niederschrift über die förmliche Feststellung muß sich entweder in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift in den Unfallakten befinden. 2. Die Namen der beteiligten Personen sind aufzuschreiben; Abkürzungen, wie Anfangsbuchstaben und Ähnliches, genügen nicht. 3. Die Person des Versichertenvertreters muß als solche ausdrücklich kenntlich gemacht sein.“ — Das „Voten“ der Berufsvereinigungen gegen die Heranziehung von Versichertenvertretern bei Feststellung der Unfallentschädigung läßt allerlei Schlüsse zu. Es dürfte deshalb nicht uninteressant sein, wenn die Versichertenvertreter ab und zu von ihren Einbrüchen und Erfahrungen bei Feststellung der Leistungen der Öffentlichkeit etwas Näheres berichteten.

### Veranstaltungsanzeiger.

- Montag, den 7. Februar:**  
**Ausbach i. Bayern:** Nach Feierabend im Gasthaus „Zum Tiger“. — **Sof:** Nach Feierabend im „Bamberger Hof“.
- Dienstag, den 8. Februar:**  
**Brandenburg a. d. S.:** Nach Feierabend in der „Erholung“. — **Kiel:** Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus (Richtsaal). — **Spremberg:** Nach Feierabend im Verkehrslokal. — **Wittenberg:** Nach Feierabend bei Ziegler, Zäpferstraße.
- Mittwoch, den 9. Februar:**  
**Offen, Bezirk Herbest-Dorsten:** Abends 7 Uhr im „Steinhauer“ an der Lippe.
- Donnerstag, den 10. Februar:**  
**Benzig:** Nach Feierabend bei Christensen.
- Freitag, den 11. Februar:**  
**Eisenberg:** Abends 5½ Uhr im Volkshaus. — **Wersburg-Leuna:** Abends von 6 bis 8 Uhr Zahlabend im Lokal „Heiterer Blick“ in Leuna. — **Remmüster:** Abends 8 Uhr in der Klostermühle. — **Ulm:** Nach Feierabend im Gasthaus „Zur Insel“.
- Sonnabend, den 12. Februar:**  
**Böhl:** Abends 7 Uhr im Verkehrslokal. — **Offen:** Abends 7½ Uhr Lehrlingsversammlung Steeler Straße 17. — **Gelsenkirchen, Bezirk Wattenscheid:** Abends 7 Uhr bei Nolte. — **Sagen i. W.:** Abends 8 Uhr bei Hohmann, Ecke Köhler und Elberfelder Straße. — **Lützen:** Abends 8 Uhr im „Bürgergarten“. — **Waren:** Abends 8 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“.
- Sonntag, den 13. Februar:**  
**Bonn:** Vormittags 10 Uhr im „Salzkrümchen“, Hundsgasse. — **Offen:** Vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kastanienallee. — **Samm i. W.:** Vormittags 10 Uhr bei Eppig, Friedantstraße. — **Lindau i. B.:** Vormittags 10 Uhr im Gasthaus „Zur Linde“. — **Neuh.:** Vormittags 10 Uhr bei Heinrich Hövel, Fuhrstraße. — **Regensburg:** Vormittags 9½ Uhr im Volkshaus, Paradiesgarten. — **Rosenheim:** Vormittags 10 Uhr im Gasthaus Bernlochner, Kaiserstraße.

### Sterbetafel.

- Allstedt.** Am 29. Dezember starb unser langjähriges Mitglied **Friedrich Heise** im Alter von 49 Jahren an Vergiftung.
- Berlin.** Am 21. Januar starb unser Mitglied, der Kamerad **August Langanke** (Bezirk 32) im Alter von 74 Jahren an Herzlähmung. — Am 21. Januar starb unser Mitglied, der Kamerad **Johann Schonk** (Bezirk 28) im Alter von 50 Jahren an Grippe.
- Bochum.** Am 23. Januar starb unser Kamerad **Alfons Bähler** im Alter von 21 Jahren an der Grippe.
- Boizenburg.** Am 19. Januar starb unser Kamerad **Albert Jähns** im Alter von 17 Jahren an Blinddarmentzündung.
- Göttingen.** Am 15. Januar starb unser Mitglied, der Kamerad **Otto Michel** im Alter von 26 Jahren infolge eines Unglücksfalles.
- Magdeburg.** Am 19. Januar starb unser Kamerad und erster Schriftführer **Ernst Ebert** im Alter von 40 Jahren an Herzschlag.
- Rostock.** Am 20. Januar starb unser Kamerad **Martin Peters** im Alter von 65 Jahren an Magenleiden und Herzlähmung.
- Wackernde.** Am 18. Januar starb unser Kamerad, Ehrenmitglied und Mitbegründer unserer Zahlstelle, der Zimmerer **Friedrich Heidschmidt** im Alter von 92 Jahren.
- Ehre ihrem Andenken!

Der Zimmerer **Baul Behring**, geboren am 23. Okt. polier 1878 zu Gröviz in Mecklenburg, wohnhaft in Hamburg, Wendenstraße, wird seit Freitag, den 28. Januar, vermisst. Kameraden, die seinen Aufenthalt kennen, wollen umgehend die Redaktion des „Zimmerer“ benachrichtigen. [4,50 M.]